ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Rosenfeld, Martin T. W.

Article

Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Rosenfeld, Martin T. W. (2012) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 18, Iss. 2, pp. 46-46

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/143955

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Editorial

In letzter Zeit stehen die Finanzprobleme von Euroländern wie Griechenland im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, während die finanzielle Schieflage der Städte und Gemeinden in Deutschland etwas aus dem Blickfeld geraten ist. Zwar hat es hier in jüngster Zeit eine gewisse Entspannung gegeben. Aber diese wird nicht nachhaltig sein, solange – wie bislang – strukturelle Reformen zur Stärkung der kommunalen Ebene ausbleiben. Gerade für die Kommunen in Ostdeutschland ist wegen des Auslaufens des Solidarpaktes II, sinkender Hilfszahlungen der Europäischen Union sowie der abnehmenden Bevölkerung auf längere Sicht mit finanziellen Problemen zu rechnen. Es wäre an der Zeit, neben der immer wieder geforderten Stärkung der kommunalen Kompetenzen bei der Besteuerung auch eine Lichtung des Dickichts an Regulierungen in Angriff zu nehmen, mit denen Bund und Länder die Erledigung kommunaler Aufgaben gegenwärtig zu steuern versuchen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Kommunen mit solchen Regulierungen überhäuft. Diese richten sich zum einen auf die Verpflichtung der Kommunen, bestimmte Leistungen anzubieten, zum anderen auf die Detailausgestaltung der kommunalen Leistungen. Sind solche Vorschriften wirklich in jedem Fall erforderlich? Betrachten wir zum Beispiel das Kinderförderungsgesetz, demzufolge die Kommunen ab Juli 2013 für alle unter Dreijährigen einen Krippenplatz bereitstellen müssen. Musste dieser Bereich wirklich unbedingt per Bundesgesetz geregelt werden? Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des zunehmenden Standortwettbewerbes sollte es doch eigentlich im Interesse jeder Kommune liegen, für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu sorgen. Und wenn wir beim Bereich der Kinderförderung bleiben: Weshalb müssen die Länder den „Flächenbedarf je Kind“ in einer Kita normieren? Weshalb muss die Landesebene den Kommunen vorschreiben, für Kleinkinder einen „separaten Schlafraum“ vorzuhalten? Sicherlich lassen sich immer gutgemeinte Begründungen für solche Detailregelungen finden. Tatsächlich spielt vielfach der Wunsch nach Schematismus eine Rolle – oder ist eher das Streben nach Budget- und Kompetenzausweitung – wie sich auf der Basis der Ökonomischen Theorie der Bürokratie vermuten ließe – am Werke?

Während die Kosten durch die zunehmende Standardisierung immer weiter ansteigen, setzen Politiker auf der Länderebene in erster Linie auf die kommunale Neugliederung im Sinne einer Schaffung von Großgemeinden, um die Effizienz der Kommunen zu erhöhen. Untersuchungen auch des IWH haben jedoch gezeigt, dass Großgemeinden nur sehr begrenzt zu mehr Effizienz beitragen können. Die Politik wäre deshalb gut beraten, anstelle einer weiteren Zentralisierung (auf dem Wege der Schaffung neuer Großgemeinden) zunächst durch einen Abbau von Regulierungen zu einer Senkung der Kosten der Kommunen beizutragen. Damit würde den Kommunen zugleich die Möglichkeit eröffnet, für flexible und wirtschaftsfreundliche Lösungen vor Ort zu sorgen.

Martin T. W. Rosenfeld
Leiter der Abteilung Stadtökonomik